

Sabine Pflegehar: Steuern/Verteilung/Wirtschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sitzen auf einem Berg öffentlicher Schulden.

Wir spüren und sehen tagtäglich den Verfall von Infrastruktur. Und wir werden regelmäßig mit Nachrichten aus der Wirtschaftspresse versorgt, die bei der Höhe von privaten Vermögen und deren Konzentration neue Höchststände vermelden!

Und was fällt der Bundesregierung dazu ein?

Sparen, Kürzen, Aufschieben von wichtigen Investitionen in Gegenwart und Zukunft. Eine Schuldenbremse mit Verfassungsrang nach dem Motto:
„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger – orientiert euch bitte an der sparsamen schwäbischen Hausfrau!“

Und diese Regierung schämt sich nicht dafür den Armuts- und Reichtumsbericht zu zensieren und damit die ständig steigende Armut in unserem Lande zu verleugnen!

Pfui Teufel kann ich da nur sagen!!

Die Sinnhaftigkeit dieser Politik reicht maximal von der Wand bis zur Tapete.

Diese Bundesregierung ist sozial ungerecht, sie ist eine ernste Bedrohung für unser Gemeinwesen, für unsere Wirtschaftskraft – ja für die gesamte Eurozone.

Ich sage Euch, was uns bei einem „Weiter-So“ und „Mehr davon“ droht:

Massive Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, Unterinvestitionen in die Zukunftsfelder Bildung, Forschung, Energiewende, Verkehr und in den sozialen Wohnungsbau - um nur einige Bereiche zu nennen!

Die Folge davon ist ein dahindümpelndes Wachstum und eine schwache Binnenkonjunktur -
und wenn Deutschland als Wachstums- und Stabilitätsanker ausfällt auch eine Verschärfung der Spannungen im Euroraum!

Auf die Idee, auch die Einnahmeseite des Staates in den Blick zu nehmen, ist die Bundesregierung ganz offensichtlich noch nicht gekommen.
Oder aber sie hat sie schnell verworfen, um das eigene Klientel nicht zu verprellen.

Wir sagen: Schluss damit. Kurswechsel jetzt!

Denn eine Einsicht ist so alt wie aktuell:

Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten. Und auf Dauer nicht einmal die.

Wir fordern deshalb:

- die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen.

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Einführung einer Vermögensabgabe zur Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben.
- die Beendigung des Steuerprivilegs für Kapitaleinkünfte.
- und eine ertragreiche Ausgestaltung der Erbschaftssteuer bei großen Erbschaften
- sowie die zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Maßnahmen würden die Verhältnisse auf ein gerechtes und gesundes Maß zurechtrücken.

- Nur so können wir die Schulden abbauen, Zukunftsprojekte in Angriff nehmen und die soziale Balance im Land zurückerobern!
- Nur so können wir – anstelle Mangel zu verwalten – unsere Zukunft gestalten.
- Nur so können wir die Grundlagen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Industrie- und Wachstumspolitik legen.

Es bedarf wenig Phantasie sich das Gejammer der Betroffenen vorzustellen:

Es wird von Enteignung die Rede sein, von der Bestrafung der Leistungsträger, von Kapitalflucht und von einem verschwenderischen Staat, den man kurz halten müsse.

Auch unser Vorstandsvorsitzender der ZF Friedrichshafen – H. Dr. Sommer – hat in einem Interview mit der Schwäbischen Zeitung im Zusammenhang mit der Debatte zu mehr Verteilungsgerechtigkeit „Vor einer Überforderung der Leistungsträger gewarnt. Denn Deutschland laufe damit Gefahr sich mehr mit Umverteilung als mit Wirtschaftswachstum und Fortschritt zu beschäftigen“.

Das ist ein Schlag ins Gesicht aller abhängig Beschäftigten– wer sind denn die Leistungsträger in unserem Land – das sind doch **wir alle hier**, das sind auch unsere Kolleginnen und Kollegen, die leider in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen – aber diese sind nach Dr. Sommer wohl selbst schuld an ihrer Misere, denn die wahren Leistungsträger sind ja seiner Meinung nach die Manager in unserem Lande!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist unsere Aufgabe, diese wohlkalkulierten Nebelkerzen als das zu enttarnen, was sie sind:

Ausdruck einer reichen Parallelgesellschaft, die sich für das Allgemeinwohl nicht länger verantwortlich fühlt.

Umso wichtiger ist es, diejenigen zum Urnengang zu motivieren,

- die auf einen funktionierenden Staat angewiesen sind
- die gute staatliche Schulen wollen
- eine leistungsfähige Infrastruktur
- hochwertige soziale Dienstleistungen
- eine anständig Bezahlung im öffentlichen Dienst
- und ein lebenswertes Gemeinwesen.

Diejenigen also, die wie wir einen Kurswechsel fordern.

Schicken wir am 22. Sept. den klammen Staat in den Ruhestand. Sorgen wir dafür, dass alle am Wohlstand unseres Landes teilhaben.

Gehen wir wählen – denn wer nicht wählt wird trotzdem regiert!

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit!